

# Januar

**ANARCHISTISCHE  
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:  
ERICH MÜHSAM**

**INHALT:**

<b>Das Wehrproblem</b>	—	<b>Kongreß-</b>		
<b>Bericht</b>	—	<b>Kladderadatsch</b>	—	<b>Immer-</b>
<b>treu und Redlichkeit</b>	—	<b>Richard</b>		
<b>Greiling</b>	—	<b>August Reinsdorf</b>	(Gedicht)	
—		<b>Absage an die Rote Hilfe</b>		

**NR. 5**

**PREIS  
40 Pfg.**

**JAHRGANG 3**

**BERLIN**

**FEBRUAR 1929**

**DAS LITERATURBLATT DER GEGENWART**

# **DIE NEUE BÜCHERSCHAU**

**DICHTUNG - KRITIK - GRAFIK**

Herausgeber: **Gerhart Pohl**

VII. Jahrgang / 1. Heft / Januar 1929

Aus dem Inhalt:|

**ZOLA UND SEIN KREIS**

Unveröffentlichte Aufzeichnungen Zolas

**DER NEGER JEFF**

Erzählung von Theodore Dreiser

**UNBEKANNTE BRIEFE**

**VON EDGAR ALLAN POE**

Gerhart Pohl: **Lessing und Mehring**

Gedicht von **Gottfried Benn**

Erzählung eines Arbeiters

Film / Radio / Schallplatte

Kulturnotizen / Bemerkenswerte Bücher

Unbekannte Bilder von Baudelaire und Zola

Zahlreiche Illustrationen u. v. a.

Einzelheft 1.— Mk.

Vierteljahresabonnement 2.50 Mk.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kioske oder direkt vom  
ADALBERT SCHULTZ - VERLAG, BERLIN-WILMERSDORF I

# F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG  
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

---

---

Jahrgang 3

Nummer 5

Februar 1929

---

---

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Döbrichkuchingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.  
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

---

---

## Das Wehrproblem

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich von einem eigens dazu eingesetzten Ausschuß „Richtlinien der Wehrpolitik“ ausarbeiten lassen, die den nächsten Parteitag in Magdeburg beschäftigen sollen. Dieser Ausschuß, bestehend aus rechten, zentristischen und — hup — linken Parteivertretern, hat etwas zustande gebracht, was den demokratischen Realpolitikern aller Sorten überaus weise scheint, ein Kompromiß mit dem Charaktermerkmal aller Kompromisse, also aller Gesetze: jeder Standpunkt soll zu seinem Recht kommen und niemand wird zufrieden gestellt. Doch damit mögen sich die Realpolitiker abfinden, wie sie mögen. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage geht den Revolutionär nicht allzuviel an. Was wesentlich an den vorgelegten Richtlinien ist, ist zugleich von sozialdemokratischen Gesichtspunkten aus selbstverständlich. Einer Partei, die noch nie antimilitaristisch war, auch nicht, als sie sich selbst noch revolutionär vorkam, kann man gerechterweise keinen Antimilitarismus zumuten, wenn sie inzwischen konservativ geworden ist, den Staat, der sie erhaltens- und verteidigungswert dünkt, verantwortlich mit regiert und seine Grenzen nebst seinen Einrichtungen für schutzbedürftig hält. Der Grundsatz der Wehrhaftigkeit des Staates wird also von den Sozialdemokraten aller Richtungen, die an dem Kompromiß mitgewirkt haben, bejaht, was für Leute, die den Staat überhaupt bejahen, nur folgerichtig ist.

Natürlich heißt das Heer bejahen den Krieg bejahen; aber die deutsche Sozialdemokratie hat sich auch niemals gescheut, das ausdrücklich anzuerkennen. Wer die Schriften von Marx und Engels kennt, wer zumal ihren Briefwechsel gelesen hat, weiß, wie wenig sie zauderten, Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten nicht nur

in ihre politischen Berechnungen zu ziehen, sondern selbst ihre Politik auf die Herbeiführung kriegerischer Verwicklungen zwischen den kapitalistischen Staaten abzielen und im Verlaufe ausgebrochener Kriege mit aller Kaltblütigkeit für einen gegen einen andern der beteiligten kapitalistischen Staaten Partei zu nehmen. Die Wehrpolitik der Sozialdemokraten auch schon zu Lebzeiten der Parteigründer war nicht im Entferntesten auf die Abschaffung der Kriege, geschweige denn auf die Entwaffnung des Staates gerichtet. Die parlamentarischen Anträge zum Militäretat, Anträge, die den Arbeitern als Ausflüsse grundsätzlicher Opposition einer antimilitaristischen Partei mundgerecht gemacht wurden, forderten nicht die Abschaffung der Armee, sondern ihre Umwandlung in eine Miliz nach Schweizer Muster. In August Bebels berühmten Reichstagsreden zum Titel „Gehalt des Kriegsministers“ kehrten alljährlich die gleichen Vorwürfe gegen die zweckwidrige bunte Soldatenkleidung wieder. Bebel war der Vater der feldgrauen Uniform, er wettete gegen die weithin sichtbaren blanken Waffenrocksknöpfe und gegen die Schimmel der Hauptleute, die dem Feinde als willkommene Zielscheiben dienen müßten. Ich wiederhole hier die Worte, die ich in andern Zusammenhänge schon einmal zitiert habe (FANAL, Jhg. I, Nr. 11, S. 164 f in dem Aufsatz über „Die Eroberung des Staates“) die er am 7. März 1904 im Deutschen Reichstag sprach: „Wenn es sich je bei einem Krieg um Deutschlands Existenz handelt, werden auch wir bis zum letzten Mann kämpfen, um unser Vaterland, unsern Boden zu verteidigen. Allzeit und jederzeit werden wir den Versuch, auch nur ein Stück Boden von Deutschland abzureißen, bis zum letzten Atemzug bekämpfen.“ So August Bebel 10 Jahre vor Ausbruch des großen Krieges. Bekannt ist sein späteres Bekenntnis, wenn es gegen das kosakische Rußland gehe, werde er selbst noch die Flinte auf seinen alten Buckel nehmen und Deutschland verteidigen; aber zumeist schon vergessen ist sein Verhalten im Jahre 1913, als die Reichsregierung mit der Erhebung des sogenannten Wehrbeitrages von 1 Milliarde Mark als einmalige Besitzabgabe die finanziellen Vorbereitungen zu dem beabsichtigten Feldzug von 1914 einleitete. Der Alte dirigierte von seinem Sterbelager aus das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die den ersten (Vor-)Kriegskredit mit der intelligenten Begründung bewilligte, die Besitzenden müßten ihn ja selber zahlen. Kurz nach dieser Unterwerfung unter das Joch der Generäle Wilhelms II. fand der letzte Parteitag der alten Sozialdemokratie in Jena statt. In der Zwischenzeit starb Bebel, nicht ohne seinem Freunde Molkenbuhr noch die Anweisung gegeben zu haben, der Parteitags-Diskussion über den Verrat der Arbeiterschaft an das Militär „den Hals umzudrehen“

(vgl. meine fingierte „Parteitagsrede“ im „Kain“, Jahrg. III, Nr. 7, 1913, abgedruckt in „Alarm. Manifeste aus 20 Jahren“, Verlag „Der Syndikalist“). Die letzte politische Lebensäußerung Bebels war somit eine scharfe Absage an die von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ledebour und Geyer geführte antimilitaristische Opposition in der Partei und das Bekenntnis zu der Politik der Vaterlandsrettung, die unter seinem Nachfolger im Parteivorsitz Ebert ihre glorreiche Zeit erlebte.

Soll man verlangen, die verwelste und zerstampfte Scheidemannschaft, die in 4<sup>1/2</sup> Kriegsjahren mit den Hindenburglichen aller Richtungen jede schäbigste Ludendorfferei Hurra schreiend mitmachte, die den Bethmännern auf jeden Hollweg folgte, müßte jetzt „ihrer“ Reichswehr versagen, was sie Wilhelms Garden zugebilligt hatte? Die Sozialdemokraten haben zum Einfall Emmichs in das neutrale Belgien Bravo gerufen wie zu jeder andern Schandtat der Kriegführung, soweit sie auf deutsches Konto kam; sie haben das „Völkerrecht“ der Imperialisten heilig gesprochen für die „Feinde“, den deutschen Lügensiegern aber alle Kredite bewilligt und jedes Vertrauen bekundet auch noch, als die die moderne Kriegführung mit Verwendung von Flammenwerfern, Giftgasen, Flugzeugbombardement auf die Arbeiterviertel unbefestigter Städte, Torpedierung von Passagier- und neutralen Handelsschiffen und Raubinvasionen in Länder bereicherten, mit denen schon Friede geschlossen war (Rußland und Ukraine). Danach waren sie es, die selber die Nachfolge der Hohenzollern-Armee organisierten, die Freikorps und „Grenzschutz“-Formationen, die Garde-Schützen-Divisionen und Offiziers- und Studentenbünde, deren Weg aus dem Edenhotel über die Leichen Liebknechts und Rosa Luxemburgs nach München zu den Mordstätten Stadelheims und des Schlachthofs, über Mechterstädt nach Mitteldeutschland und zum Teil in Ehrhardts Organisation Consul, zum andern Teil in die Casinos und Offiziersmessen der republikanischen Reichswehr und der wikingverbündeten Flotte führte. Wenn die Herren jetzt, nach zehn Jahren, in ihre Wehrprogrammssuppe pazifistische Semmelbrocken schütten, so hat die Arbeiterschaft davon ebensoviel Nutzen wie davon, daß Herr Gustav Noske sozialdemokratische Parteimarken klebt. Wie der Herr, so 's Gescherr. Die Reichswehrsoldaten werden von Monarchisten für ihre Aufgaben ausgesucht und ausgebildet; läßt man schon mal einen Außenseiter als Renommier-Republikaner dazwischen, so verblaßt die schwarzrot-goldene Gösch in seiner Seele nicht weniger schnell als es bei den Ministern der Reichswehr der Fall war: Noske war ja von Anfang an hoffnungslos; der demokratische Charakterathlet Geßler löste ihn ab, um der republikanischen Staatsform im Heere der

Republik Respekt zu verschaffen; er endete als Vertrauensmann der wilhelminischen Generäle, — Seeckts Sitzredakteur, nannte ihn sein bayerischer Ministerkollege Emminger. Jetzt erst haben die Sozialdemokraten einen Reichswehrminister, dem sie die Republikanisierung der Reichswehr freudig zutrauen: Gröner, von Wilhelm selbst noch zum General erhoben, wird bestimmt aus den deutschvölkischen Gefreiten und den deutschnationalen Wachtmeistern des Heeres so gute Republikaner machen, wie die Offiziere dieses Heeres aus dem Sozialdemokraten Noske und dem Demokraten Geßler gute Monarchisten gemacht haben. Am 18. Januar z. B. ließ Gröner sein Ministerium zur Feier der Kaiserproklamation in Versailles in schwarzweißbroter Jubelpracht erstrahlen, und wir wollen mal sehn, was uns alles die republikanische Beschwerdestelle nach dem 27. Januar von den Freudenfesten der republikanischen Wehrmacht zum 70. Geburtstag des allergnädigsten Herrn des republikanischen Reichspräsidenten und der übrigen republikanischen Generäle zu erzählen haben wird.

Das Wehrprogramm der Sozialdemokratie mag in Magdeburg ausfallen wie es wolle. Da die sozialdemokratische Partei nicht revolutionär ist, hat die revolutionäre Arbeiterschaft ihre Kritik an der staatlichen Waffenmacht garnicht an sozialdemokratische Willenskundgebungen anzuschließen. Die Parteikommunisten, die die Veröffentlichung des Richtlinien-Kompromisses zum Anlaß einer neuen wütenden Entlarvungspropaganda gegen die Sozialdemokraten nahmen, an denen doch wahrhaftig nichts mehr zu entlarven ist, schwanken in ihrer Stellung zur Wehrfrage so vieldeutig umher, daß das Proletariat durch sie kaum zur Klarheit in der Beurteilung dieses wichtigen Zeitproblems gelangen kann. Sicher sagen sie viel Zutreffendes, wenn sie das Wesen der Armee im kapitalistischen Staate allgemein kritisch aufzuzeigen suchen. Sie wissen, daß die Reichswehr, wenn es selbst gelänge, Führer und Mannschaft zur Anerkennung der seit 1918/19 geschaffenen innerdeutschen Verhältnisse zu gewinnen, nichts anderes ist und sein kann als ein Werkzeug imperialistischer Kräfte auf dem Konkurrenzmarkt der internationalen Ausbeutung und als ein Mittel zur Einschüchterung und Niederhaltung der arbeitenden Klasse. Aber diese Erkenntnis bedeutet wenig, solange man den Kampf gegen diese gegenrevolutionäre und den Krieg fördernde Einrichtung mit parlamentarischen Anträgen führt, deren Annahme vom guten Willen der Parteien abhängt, die den Bestand der Wehrmacht als Bedingung des Bestandes ihrer Wirtschaftsmacht brauchen. Völlig im Widerspruch zu der Einsicht der Kommunisten in die wirkliche Bedeutung der Armee steht es natürlich, wenn sich ihre parlamentarischen Anträge auch

noch wie anno Bebel auf Reformen innerhalb der Heeresorganisation, auf die Ausdehnung des Wahlrechts für die Reichswehrangehörigen und gar auf ihre bessere Besoldung beziehen. Man kann den Arbeitern nicht gleichzeitig sagen: diese Leute tragen ihre Waffen, bedienen ihre Geschütze, erlernen alle ihre Obliegenheiten ausschließlich zu eurem Schaden; aber, da es zumeist Söhne von Proletariern oder Bauern sind, würdigt sie als Klassengenossen und bedauert sie, wenn sie von ihren Vorgesetzten geschurigelt werden. Die Zersetzungsarbeit opferfreudiger Kommunisten durch Verbreitung revolutionärer Flugblätter unter Reichswehrsoldaten in Ehren. Aber glaubt denn wirklich ein denkender Genosse, ein siebenmal nationalistisch gesiebtes Söldnerheer könne durch solche Mittel in revolutionären Kämpfen neutralisiert oder gar für die andere Seite der Barrikade gewonnen werden? Selbst eine auf allgemeiner Wehrpflicht aufgebaute, also in ihrer Zusammensetzung fluktuierende Armee ist, solange keine Revolution die Zersetzung von selbst besorgt, durch Schürung der Unzufriedenheit von außen her in ihrer Disziplin kaum zu erschüttern.

Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat in der verschrobenen Gelehrtensprache, die deren programmatische Kundgebungen von jeher auszeichnet, umständliche Erklärungen über die Wehr- und Kriegsmaßnahmen des Imperialismus ausgearbeitet und davon „Kriegsthesen“ abgeleitet, die die kommunistischen Auffassungen enthüllen sollen. Leider ist jedoch mit diesen schön geordneten Begriffsknetereien im Hinblick auf die unmittelbaren Aufgaben des Proletariats in seiner Ablehnung der militaristischen „Friedens“-politik der Staaten wenig anzufangen. Eher verwendbar, um mit aller Heftigkeit dazu Nein! zu sagen, ist das Wehrprogramm der ausgeschlossenen Brandler-Gruppe. Ich zitiere aus Brandlers Aktionsprogramm, und zwar nach der „Roten Fahne“, die die Sätze mit deutlichsten Anzeichen der Mißbilligung nachdruckt, ohne in dessen ihre eigene Meinung in positiver Form erkennen zu lassen: „Unser Interesse“, schreibt also Brandler, „erfordert, daß möglichst viel klassenbewußte Proletarier Waffen in die Hand bekommen, daß möglichst viel klassenbewußte Proletarier den Waffengebrauch erlernen und daß sie das Heer zahlenmäßig beherrschen.“ Daher sei vom proletarischen Klassenstandpunkt aus die allgemeine Wehrpflicht dem Söldnerheer vorzuziehen, die Ablehnung der Wehrpflicht nütze demnach nur der Bourgeoisie. Bestände das Heer in Deutschland dank der allgemeinen Wehrpflicht in seiner Mehrheit aus Arbeitern, so könnte revolutionäre Propaganda es umso leichter für die Zwecke der Bourgeoisie unbrauchbar machen und „in ein revolutionäres Kampfinstrument verwandeln.“ Seltsam, daß dann wäh-

rend der Zeit des Sozialistengesetzes, später in den neunziger Jahren und vor allem im Kriege das auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Heer des Bismarck-Reiches sich gegen jede, Jahrzehnte hindurch gerade auch von anarchistischer Seite versuchte revolutionäre Propaganda völlig immun erwies. Ja, im Kriege bedurfte es erst — abgesehen von der Reichpietsch-Köbis-Bewegung in der Flotte 1917 — der vernichtenden militärischen Niederlage im Felde und der in Aktivität geratenen Empörung des Hinterlandes, um die Armee in denkbar zahmsten Formen zum Anschluß an die Revolution zu bewegen. Brandler empfiehlt schließlich die Miliz als die organisatorische Form der Armee, die die beste Eignung besitze, die Waffen in die Hand der Arbeiterklasse zu bringen. Und die Schweiz? Man sollte denken, daß wenn Brandler recht hätte, die Schweizer Arbeiter, die den Druck der kapitalistischen Ausbeutung nicht minder spüren als die deutschen, längst den gewünschten Gebrauch von dem hinter dem Küchenspind verwahrten Schnellfeuergewehr gemacht hätten.

Von anarchistischen Gesichtspunkten aus wird das Problem offenbar ganz anders angefaßt werden müssen. Zunächst: der Kampf gegen das Heer kann nicht getrennt werden vom Kampf gegen den Staat. Wo Söldner die Staatsmacht bewehrt machen, fällt die einfachste und selbstverständlichste Form der Bekämpfung der Wehrmacht in Gestalt der persönlichen Dienstverweigerung fort. Das ist die direkte Aktion, die unmittelbare Einwirkung, die in Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht von selbst geboten ist. Da aber dem Arbeiter kein anderes Kampfmittel innerhalb der gegebenen Verhältnisse zur Verfügung steht als die Einsetzung oder Verweigerung der eigenen Person, so liegt sein Kampffeld gegen den Reichwehrmilitarismus außerhalb der Kasernen, da, wo er mit seiner Kraft für die Zwecke des Militarismus gebraucht wird: in den Waffen- und Munitionsfabriken. So unwürdig es eines revolutionären Arbeiters ist, sich am Bau von Gefängnissen zu beteiligen, so wenig sollte er seine Arbeitskraft dazu hergeben, dem Staat die Blutmittel zu seiner und der Seinen gewaltsamen Niederzwingung zu bereiten. Nun ist es freilich wahr, daß das Rezept: schafft keine Kriegsmunition! in dieser allgemeinen Anweisung undurchführbar ist. Denn die Arbeitsweise des Kapitalismus in seiner modernen Form läßt ja den Arbeiter in zahllosen Fällen garnicht erkennen, was und wofür er schafft. Niemand kann aus der kapitalistischen Gesellschaft ausbrechen; sie kann nur von der Revolution zerschlagen werden. Wer in einem der großen Farbwerke arbeitet, hat keine Ahnung, ob das unkenntliche Teilprodukt, das seinen Händen am laufenden Band entquillt, in ein medizinisches Präparat zur Heilung

leidender Mitmenschen oder in ein Vergasungsgift zur Ausrottung von Ungeziefer oder proletarischen Kindern ausmünden wird. Wenn wir während des Panzerkreuzerspektakels Zettel geklebt haben mit der Losung: Wollt ihr keine Kriegsschiffe, so baut sie nicht!, so war uns wohl bewußt, daß ein Panzerschiff gleichzeitig in hunderten der verschiedenartigsten Industriebetriebe in Arbeit genommen wird. Aber schließlich werden doch wohl alle Teile zusammengefügt, und es hätte genügt, wenn sich alle revolutionären Organisationen Deutschlands verbunden hätten zu der Forderung an die Arbeiter: Hände weg von dem Dock der Kieler Werft, auf dem das Gerüst für den Panzerkreuzer A entstehen soll! Revolutionäre Arbeiter: bestreikt Gewehrfabriken, arbeitet nicht in Betrieben, in denen Granaten gedreht werden, verweigert die Mitwirkung an einer Produktion, von der ihr bestimmt wißt, daß sie Militärzwecken des Staates dienen soll! Gewiß sind das Parolen, die vorerst nur von wenigen besonders opferbereiten Arbeitern befolgt würden, aber sie haben revolutionären agitatorischen Gehalt, der von jedem Klassenkämpfer verstanden wird. Darauf kommt es an.

Daß die Gefahr eines neuen europäischen Krieges außerordentlich groß ist, wissen ja allmählich die meisten Zeitungsleser. Wer noch gezweifelt hat, wird wohl durch die Veröffentlichung der Gröner'schen Denkschrift über die Notwendigkeit des Panzerkreuzers belehrt sein. Die einzige wirksame Begegnung dieser ungeheuren Gefahr wäre die zweifelsfreie Ueberzeugung der herrschenden Klasse, daß das Proletariat schon die Mobilmachung durch Einsetzung seiner Kampfmittel, Generalstreik, Sabotage des Transportes und grundsätzliche Verweigerung der Mitwirkung am Kriege selbst verhindern würde. Aber gerade gegen diesen Gedanken sträuben sich die Kommunisten aller Parteigruppen am allerentschiedensten. Als ich kürzlich in einem engeren Kreise, in dem August Thalheimer referiert hatte, diesen Standpunkt verteidigte, traten nach einander zwei Zentrale-Kommunisten und von den Rechten Frölich, Brandler und Thalheimer gegen mich auf und bezeichneten den Vorschlag als vollkommen verfehlt. Diese Uebereinstimmung der Ansicht aller Marxisten ist nur natürlich. Die Verweigerung der Heeresfolge und der Munitionsherstellung bedingt die Selbstverantwortung des Einzelnen, die wiederum von keinem autoritären Empfinden und Wollen aus erträglich ist. Eine solche Aktion, in großem Maßstabe durchgeführt, träfe ideemäßig das zentralistische Prinzip, das Prinzip der Unterordnung und der Obrigkeitdisziplin in jeder Form und müßte daher zur ideologischen Untergrabung aller marxistischen Parteigebilde führen.

Das Wehrproblem ist aber endlich auch in seiner Beziehung zum

offenen revolutionären Kampf zu untersuchen. Hier scheidet für die Leser des FANAL selbstverständlich die Frage, ob überhaupt ein bewaffneter revolutionärer Kampf vom Proletariat geführt werden soll und darf, ganz aus. So lange Waffen vorhanden sind, die gegen das Proletariat losgehen, müssen diejenigen, die sie anzuwenden gedenken, wissen, daß auch gegen sie Waffen losgehen können. Es ist aber denen, die meinen, die Arbeiter müßten in die bewaffneten Formationen des Gegners eintreten, um Gewehre und Panzerwagen in ihren Besitz zu bekommen, zu erwidern, daß alle geschichtlichen Erfahrungen beweisen, daß die Richtung, nach der die Flinten knallen, nicht vom Rekruten, sondern vom Feldmarschall bestimmt wird. Eine revolutionäre Erhebung schafft immer die Möglichkeit der Bewaffnung der Revolutionäre aus sich selbst. Entweder steckt die Revolution das staatliche Militär an — das hängt von objektiven Bedingungen ab, nicht von gescheiter Taktik — oder die Arbeiterschaft entwaffnet das Militär. Wesentlich ist dann nur, daß die Waffen nicht der eigenen Verfügung der revolutionären Arbeiterschaft wieder abgenommen werden und etwa in die Hände eines Führerklüngels geraten, der immer und unvermeidlich gesonderte Interessen jenseits der Klasseninteressen verfolgt. Wesentlich ist ferner die Lösung der Führerfrage während der bewaffneten Kämpfe, die in einem besonderen Artikel über das Führerproblem insgesamt versucht werden soll. Endlich aber ist nach siegreichem Ausgang des revolutionären Waffenkampfes die Frage nach dem bewaffneten Schutz der revolutionären Erfolge zu prüfen. Hier erst gewinnt der Gedanke an eine proletarische Miliz praktische Bedeutung. Hier nämlich muß streng unterschieden werden zwischen Roten Garden und einer sogenannten Roten Armee, wenigstens, wenn man mit diesem Begriff Vorstellungen verbinden will, die ihre Nahrung aus den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland ziehen.

Allgemeine, für alle Fälle zutreffende Regeln für die militärische Sicherung der Revolution lassen sich nicht aufstellen. Soviel aber kann ohne Einschränkung festgelegt werden: Ein Revolutionsheer kann nur ein Freiwilligenheer sein. Das Hineinpressen politischer Gegner oder Neutraler in eine militante Formation muß die Begeisterung lähmen und die Revolutionstruppen, die ihre Schlagkraft nie aus alter Schulung, sondern immer nur aus dem Feuer der sittlichen Idee ziehen, entwerten. Wenn der russischen Armee irgend etwas in der Sympathie des revolutionär gestimmten Weltproletariats geschadet hat, so ist es der Dienstzwang, der nicht nur Klassengegner in den Kampf für ihnen entgegengesetzte Ziele nötigt, sondern der auch Anhänger der reinen Gewaltlosigkeit, die oft herzlich gern ihre geistigen Kräfte in den Dienst der Revolution stellten,

zu Handlungen zwingt, die sie künstlich zu Feinden auch des Kampfzweckes machen. Doch ist auch diese traurige Entwicklung der russischen Angelegenheiten nur eine notwendige Folge des Grundfehlers gewesen, an die Stelle des von den revolutionären Bauern und Arbeitern vorbildlich zerstörten alten Staates einen neuen Staat zu setzen, der nach und nach alle schlechten Eigenschaften jedes Staates wieder annimmt.

Die Rote Armee in Rußland ist ein stehendes Heer: das unterscheidet sie von einer Roten Garde, die eine wirkliche Kampftruppe aus bewaffneten Revolutionären wäre. Jedes stehende Heer, auch wenn es sich Rote Armee nennt, hat aber die Tendenz, sich zur herrschenden Kaste über alle anderen Gesellschaftskreise aufzuwerfen. Wir sehen in der Deutschen Reichswehr das deutlichste Beispiel. Jedes stehende Heer zudem, auch wenn es sich Rote Armee nennt, entwickelt sich unausweichlich zu einer Polizeitruppe und wendet ihre Kräfte gegen den wirtschaftlich schwachen Teil der Bevölkerung im Dienst des wirtschaftlich starken Teils, der immer und unter allen Umständen auch der politisch beherrschende Teil ist oder in kurzer Zeit wird. Wo ein revolutionäres Proletariat die Entstehung einer Nep-Bourgeoisie zuläßt und zugleich eine stehende Armee unter Waffen hält, wird es früher oder später erleben, daß die Armee im Dienste der Bourgeoisie zum Büttel des Proletariats wird.

Das Wehrproblem ist eines der ernstesten Probleme, die dem Proletariat gestellt sind. Wir meistern es nicht mit Phrasen, sondern mit Denken.

## Kongreß-Bericht

Es ist vielleicht etwas zu feierlich ausgedrückt, wenn wir die Zusammenkunft der Genossen an den Weihnachtstagen in Neukölln als Kongreß bezeichnen. Es handelte sich eher um eine Aussprache von Anarchisten, die übereinstimmend der Meinung sind, daß unsere kranke Zeit als Medizin zur Vorbereitung des notwendigen operativen Eingriffs der Revolution autoritäre, freiheitliche Gedanken aufnehmen muß. Es ging nicht um die Schaffung eines neuen eng umhögten Organisationsgebildes, sondern um Verständigung von Menschen, die durch eine Weltanschauung geeint sind, in der Frage, wie diese Weltanschauung für den Klassenkampf des Proletariats und für die Gestaltung der künftigen Gesellschaft revolutionär fruchtbar gemacht werden könne. Auf Verständigung, nicht auf Festlegung und programmatische Uebereinstimmung war daher der Ton des ganzen Zusammenseins gestimmt. Man wollte Arbeit leisten, jeder auf seinem Gebiete, jede Gruppe in ihrer Weise, und das Ergebnis der Veranstaltung war denn auch, ohne schriftliche Bindungen, das Uebereinkommen, einander zu fördern und die Tätigkeit durch engere Fühlung der Kameraden untereinander und von Fall zu Fall gemeinsame Aktionen zu erleichtern.

Der Geist guter Kameradschaft trotz verschiedener Auffassungen im einzelnen beherrschte die Aussprache, und das beste Zeichen für den produktiven Willen der Teilnehmer ist, daß die übeln Vorgänge, die die Atmosphäre innerhalb der anarchistischen Bewegung in der letzten Zeit vergifteten, kaum erwähnt wurden. Es soll niemand an seiner Arbeit gehindert werden; wer wider den Geist der anarchistischen Idee handelt, soll nicht bekehrt werden durch Anwendung seiner eigenen Methoden gegen ihn, sondern er soll widerlegt werden durch die richtige Anwendung der Idee. Mögen die Genossen vergleichen, wessen Tätigkeit sie endlich würdiger und zweckvoller finden.

Anwesend waren etwa 30 Genossen und Genossinnen. Mehrere Gruppen, die ihre Beteiligung zugesagt hatten, konnten leider die Geldmittel nicht aufbringen, um ihre Delegierten zu entsenden und mußten sich mit Begrüßungsschreiben begnügen. Als Gäste nahmen ein spanischer Genosse und eine schweizerische Genossin an den Verhandlungen teil. Die anarchistische Jugend und die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) hatten Vertreter geschickt. Als sympathisierender Gast war die Genossin Meta Kraus-Fessel erschienen.

Gen. Gustav Lübeck-Neukölln eröffnete den Kongreß mit einer Begrüßungsansprache, an die er eine kurze Erklärung der Absicht der einladenden Gruppe angeschlossen. Es sei nicht geplant, eine Konkurrenzorganisation zur Föderation kommunistischer Anarchisten zu gründen. Die Anarchistische Vereinigung betrachte es als ihre Aufgabe, ein Bindeglied zwischen den Anarchisten zu werden, denen der Rahmen der alten anarchistischen Organisation zu eng geworden ist. Wir wollen nicht entzweien, sondern stärken wirken. Die Anarchistische Vereinigung lasse ihre Ausdehnung auf das Reich und darüber hinaus auf das ganze Ausland zu. Keinesfalls solle ein Zentralsitz der Organisation, etwa in Berlin, geschaffen werden, wodurch nur wieder eine Art Parteizentrale mit einem anderen Namen entstehen würde. Daher müsse zum Beispiel der Sitz der Reichsinformationsstelle von Jahr zu Jahr gewechselt werden. Die Teilnehmer dürfen sich nicht damit begnügen, nach außen hin zu sagen: Wir sind vorhanden! — sie müssen zum Geschehen in der Umwelt Stellung gewinnen und Klarheit schaffen, wie der Reaktion von den Anarchisten zu begegnen und der Arbeiterschaft zu helfen sei.

Nach der Verlesung von Begrüßungsschreiben der Genossen aus Wesermünde, Gütersloh und Halle, die zum Teil sehr wertvolle Anregungen enthielten, nahm der Gen. Rudolf Rocker das Wort zu seinem einstündigen Referat zum ersten Punkt der Besprechung: „Organisation der Anarchistischen Vereinigung über das Reich.“ Gen. Rocker gab in kurzem Ausschnitt ein Entwicklungsbild der anarchistischen Bewegung von der Begründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation an bis zur Gegenwart. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit haben wir die Lehre zu ziehen, daß es bei Ausbruch von Streitigkeiten in einer Bewegung ganz müßig ist, den schuldigen Teil zu suchen. Es ist einfach die Frage, ob wir etwas Neues anzufangen willens und imstande sind. Einzelne Gruppen organisieren sich, und um ihre Kräfte zu vermehren, fördern sie sich. Letzten Endes ist nie die äußere Form der Organisation entscheidend, sondern der Geist. Wir haben zu trachten, daß unsere Ideen nach außen vorgestoßen werden, statt sie nur immer bloß unter den eigenen Genossen zu propagieren. In Deutschland verargt man es aber Anarchisten, wenn sie in anderen Gruppen reden. Er selbst habe mehrfach in der Liga für Menschenrechte, bei den Entschiedenen Republikanern und anderswo gesprochen, da er den Vorstoß ins Lager der anderen für das Wichtigste von allem halte. Ebenso wichtig

ist allerdings das kameradschaftliche Zusammenstehen der Genossen selbst, auch bei verschiedenen Organisationsformen. Die im FANAL veröffentlichten Artikel des Gen. Sebastian Faure über „Die anarchistische Synthese“ zeigten klar, daß keine Richtung das Monopol auf den Anarchismus besitze. Man ist Anarchist, solange man das Prinzip der Autorität und des Staates verneint und für freie Vereinbarung ist. Wenn im Grundprinzip Einigkeit besteht, schadet das Trennende nichts. Die Anarchistische Vereinigung soll keine nebelhafte Einheits-Organisation sein. Was die einzelnen Gruppen sich besonders schaffen, soll nicht aufgelöst werden; aber es muß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen allen Gruppen bestehen, das bei besonderen Ereignissen, wie im Falle Sacco und Vanzetti, gemeinsames Arbeiten ermöglicht. Die Föderation habe sich in jenem Falle in der Oeffentlichkeit merkwürdig zurückgehalten, auch bis jetzt in der Angelegenheit des Gen. Radowitzky noch keinerlei Initiative entfaltet. Was bei solchen Anlässen gemeinschaftlich unternommen werden kann, muß versucht werden. Ebenso könne in Wahlzeiten usw. mit gemeinsamen Kundgebungen gearbeitet werden. Ohne freundschaftliches Zusammenarbeiten verknöchert die Bewegung. Freie Meinung und freie Kritik untereinander, aber nicht der Art, daß einer dem anderen einen Scheffel Dreck über den Kopf schüttert. In keinem Lande der Welt habe die öffentliche Kritik so niedrige Formen wie in Deutschland. Das Recht auf die eigene Ueberzeugung muß gewahrt, die Ueberzeugung des anderen geachtet werden. Der Erfolg wird davon abhängen.

An dieses Referat anschließend folgte in Verbindung mit der Diskussion die Berichterstattung der Delegierten über die Arbeit ihrer Gruppen. Für die Anarchistische Vereinigung Berlin gab Gen. Erich Mühsam einen Ueberblick über Entwicklungsgang und Tätigkeit. Die Loslösung der Neuköllner Gruppe von der Föderation erfolgte schon 1923, da sich autoritäre und zentralistische Tendenzen in der Geschäftskommission geltend machten. Als Gen. Mühsam um die Jahreswende 1924/25 in die Bewegung zurückkehrte, fand er bei der Föderation gar kein Verständnis für seine Auffassung, daß die anarchistische Bewegung sich in engster Verbindung mit dem kampfgewillten Teil des Proletariats halten müsse. Die durch die russische Revolution und die zentraleuropäischen Umwälzungen gestellten Probleme fanden kaum ein höheres Interesse als das der anarchistischen Selbstgenügsamkeit, das sich in der Kritik an denjenigen Anarchisten erschöpfte, die sich aktiv an den Revolutionen beteiligt hatten. Es herrschte der Geist der Passivität, die sich darauf beschränkte, aufzupassen, ob nicht die Aktivität eines Genossen irgendwo ein Prinzip verletzt hätte. Sein eigenes Streben, mit Revolutionären anderer Richtungen nachbarlich gute Beziehungen zu unterhalten, stieß auf Mißverstehen und Verdächtigung. Wie Gen. Rocker meine auch er: Es kommt nicht darauf an, wo man spricht, sondern was man spricht. Sein Kampf für die gefangenen Revolutionäre im Rahmen der Roten Hilfe habe ihn innerhalb der eigenen Bewegung den tollsten Anfeindungen ausgesetzt. In der Neuköllner Gruppe dagegen wurde gerade dieser Form der Tätigkeit für den antiautoritären Gedanken jedes Verständnis entgegengebracht. Wäre die anarchistische Organisation eine starke Massenbewegung, dann könnten wir auf Gastrollen verzichten, da dann die Arbeiter, die wir gewinnen möchten, zu uns kämen. Jetzt wollen wir versuchen, zunächst ein Netz der anarchistischen Vereinigung über Groß-Berlin zu spannen. Zusammenkünfte sollen in verschiedenen Stadtteilen stattfinden. Die ausgezeichnete kameradschaftliche Beziehung sowohl zur anarchistischen Jugend wie zu den Syndikalisten soll weiter gepflegt werden. Bis jetzt sei FANAL fast die einzige Bindung unter den Genossen. Es

müsse ein regelmäßiger Briefverkehr der Gruppen untereinander ausgestaltet werden, Besuche einzelner Genossen verschiedener Orte, nicht nur rednerisch begabter, müßten stattfinden. Das sei wichtiger als Statuten, Prinzipienerklärungen und Paragraphen. Die Genossen müssen sich gegenseitig besser kennen lernen. Die engen menschlichen Beziehungen sind fast aus der Welt gekommen. Sie wieder herzustellen ist eine Aufgabe der Anarchisten, die erfaßt haben, daß der Mensch frei wird durch die Verbindung mit andern Menschen. Die Anarchisten müssen aus Freundschaftsbünden Kampfbünde entwickeln, die sich weiterhin zusammenfinden müssen mit dem ganzen kämpfenden Proletariat. Wenn die Anregung zu diesen Bestrebungen von der Berliner Gruppe ausgeht, so darf das nicht dazu führen, daß etwa Berlin als Kopf der Bewegung angesehen würde. Sobald nur ein solches Gefühl aufkommt, haben wir schon Keime des Zentralismus, der der Föderation so sehr geschadet hat. Nur die gleiche Verbindung Gleicher zu Gleichen verhindert die Heranbildung eines Kopfes der Bewegung. Die Initiative muß von allen Gliedern kommen. Darum dürfen keine Funktionen auf Dauer vergeben werden. Ständiger Wechsel aller Funktionäre, Teilung ihrer Arbeit, Anregung von allen Seiten auf allen Gebieten, schriftliche und persönliche Verbindung von Ort zu Ort. Jeder muß wirken, die Gemeinschaft mit allen, die Gemeinschaft aller untereinander zu fördern.

Gen. Kohl-Dresden: Schon in den neunziger Jahren haben sich in Dresden Gruppen gebildet. Während des Krieges wurde der anarchistische Klub der Sammelpunkt aller linksgerichteten und freiheitlichen Gruppen. Nach dem Kriege wurde mit den Kommunisten zusammen gearbeitet, bis diese Beziehung auseinanderbrach. So kamen bald immer weniger Teilnehmer. Jetzt sind alle anarchistischen Genossen in Dresden zugleich in der FAUD., so daß sich dort die besondere Organisation einer anarchistischen Vereinigung vielleicht erübrigen wird. Es genüge ja auch die Verbindung durch einzelne Genossen. Heute besteht die Verbindung der Dresdener Anarchisten, die alle örtlichen Fragen innerhalb der FAUD. erledigen, mit den übrigen Organisationen nirgends mehr; nur eine Sacco-Vanzetti-Kundgebung konnte noch mit den Kommunisten zusammen stattfinden.

Von der Bewegung in Magdeburg berichteten die Genossen Richard Klose und Erich Dietloff. Die Organisationsfrage ist dort noch wenig erörtert worden, da die Magdeburger Genossen mit dem praktischen Versuch beschäftigt sind, mit einem „Bund für konstruktiven Sozialismus“ auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Bewegung zu dienen. Sobald 200 Genossen als Konsumenten organisiert sind, soll die Gründung einer Produktivgenossenschaft vollzogen werden. Ueber das Ergebnis ihres örtlichen Versuchs werden die Magdeburger Genossen die anarchistische Vereinigung auf dem Laufenden erhalten.

Gen. Sievers-Braunschweig teilte mit, daß sich in Braunschweig bereits eine kleine Gruppe der Anarchistischen Vereinigung gebildet hat, die, bis jetzt ohne Verbindung mit andern Organisationen eine rege agitatorische Kleinarbeit entfaltet.

Gen. Lübeck ergänzte die Ausführungen des Gen. Mühsam durch Mitteilungen über die März-Demonstration, die die Neuköllner Gruppe im vorigen Jahr in Gemeinschaft mit der Jugend veranstaltet hat und die einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Die Toleranz gegen andere Bewegungen, die uns von der Föderation verübelt werde, sei in andern Ländern eine Selbstverständlichkeit. So hat Gen. Bertoni in Genf sogar vor den Stadtvertretern gesprochen, ohne die anarchistischen Grundsätze im geringsten preiszugeben.

Gen. B i n n e n d e r betonte die vorzügliche Zusammenarbeit der Jugendlichen, an denen sich die Alten ein Beispiel nehmen mögen. Er verwies auf die vom Gen. Ernst Friedrich organisierten Sprechabende der Freien Jugend, die Referate Andersdenkender, wie selbst evangelischer und katholischer Geistlicher bringen und zur Diskussion stellen. Die Beteiligung sei sehr rege.

Nach kurzen Erklärungen des Gen. B e r t h o l d C a h n über seine persönliche Beziehung zur Föderation, der er noch als Mitglied angehört, war der erste Punkt der Tagesordnung erschöpft. Nach der Mittagspause wurde der zweite Punkt „Werbung für FANAL; Literaturfragen“ behandelt.

Gen. M ü h s a m erstattete den Bericht. Die Zeitschrift sei als sein privates Unternehmen ins Leben gerufen worden, als sich angesichts des völligen Mißverstehens seines Auftretens vor der Öffentlichkeit und der Mißdeutung seiner Absichten für ihn die unausweichliche Notwendigkeit ergab, vor aller Welt klarzustellen, wer er sei und was er wolle. Die Zustimmung, die FANAL bei den Genossen der Anarchistischen Vereinigung fand und das Bedürfnis dieser Genossen, über ein Publikationsorgan zu verfügen, führte zu der Vereinbarung, daß Gen. Mühsam das Blatt der Organisation, solange es ihr unmöglich ist, eine eigene Wochenschrift herauszugeben, als Organ zur Verfügung stellte. Gleichzeitig wurde der Umfang erweitert und mit der Uebung gebrochen, daß der Herausgeber alle Beiträge selber schrieb. Dagegen fand keine Aenderung in der Haltung statt noch auch in der geschäftlichen Grundlage. Gen. Mühsam hat das FANAL auf eigenes Risiko durch Aufnahme hoher Schulden geschaffen und auch weiterhin das gesamte Risiko allein getragen. Die Zeitschrift dient nicht der Diskussion, sondern der Propaganda bestimmter in sich gefügter anarchistischer Ideen. Nur innerhalb dieser Ideen, die z. B. allgemeine Erörterungen über die Gewaltfrage ausschließen, da die Anarchisten fast in ihrer Gesamtzahl die zeitweilige tolstoianische Abirrung überwunden haben, werden selbstverständlich verschiedene Auffassungen zu Wort gelassen. Die zahlreichen Vorschläge, die auf eine Verbilligung des Bezugs abzielen, sind abwegig, da der hohe Preis weder mit dem Format noch mit der Ausstattung der Hefte zusammenhängt. Nur die Erhöhung des Absatzes kann die Verbilligung herbeizuführen. Auch kann der briefliche Vorschlag eines Genossen, FANAL zum Organ der antiautoritativen Freidenker umzugestalten, nicht angenommen werden, da dadurch der Charakter der Zeitschrift vollständig geändert würde. Nach genaueren Mitteilungen über die Finanzlage des Blattes stellte Gen. Mühsam die Frage an die Genossen, ob sie die Erhaltung der Zeitschrift in ihrer bisherigen Haltung wollen oder nicht und ob sie bereit sind, sich ihrer Verbreitung anzunehmen. Wird das Blatt würdig befunden, als Organ der Vereinigung seine anarchistische Werbearbeit fortzusetzen, so erwachse den Genossen die Aufgabe, sich um die Hebung des Absatzes zu kümmern, die die Fortführung der Arbeit allein sicherstellen könne. Der Straßenverkauf müsse gesteigert werden. Die Kolportage in Versammlungen, bei Demonstrationen usw. müsse besser organisiert werden, wozu besonders die Jugend helfen könne. Nötigenfalls könnten literarische Abende oder dergleichen veranstaltet werden, deren Ertrag für die Entschuldung des FANAL, für die Propaganda und für die Organisation eines ihm anzugliedernden Broschürenverlages zu verwenden sei. Zu erwägen sei die Organisation des Verlages auf genossenschaftlicher Grundlage. Es sei nun der Entscheidung der Genossen überlassen, ob FANAL fortbestehen kann und ob die Steigerung der anarchistischen Werbung durch Broschürenherausgabe im Anschluß an das FANAL möglich gemacht werde.

In der Diskussion empfahl zunächst Gen. Lübeck die Hebung des Absatzes der Zeitschrift im Sinne der Mühsamschen Vorschläge. Gen. Kohl erklärte, es müsse auf die Herausgabe rein anarchistischer Broschüren mehr Wert gelegt werden als bisher. Die Verbreitung des FANAL müssen sich die Organisationen zur Aufgabe machen. Vielleicht könne man Geld durch Anteilscheine herbeischaffen. Die Rückzahlung von Vorschüssen sei durch den Ertrag der Broschüren zu ermöglichen. Ferner sollten die Organisationen FANAL an ihre Mitglieder für den Mehrbezieherpreis abgeben, also auf eigenen Gewinn verzichten.

Gen. Brügel-Magdeburg fand, daß dem Gen. Mühsam ein Teil des persönlichen Risikos von den Organisationen abgenommen werden solle. Jede Gruppe verpflichte sich, eine bestimmte Anzahl Exemplare über den bisherigen Bedarf hinaus abzunehmen. Seine Frage, wieviel Exemplare des FANAL umgesetzt werden müßten, um die finanzielle Sicherstellung des Blattes zu erreichen, vermochte Gen. Mühsam nicht sofort zu beantworten, versprach jedoch, eine genaue Aufstellung darüber den Organisationen zugehen zu lassen.

Hierauf äußerte sich Gen. Rocker über die Wichtigkeit der Literaturfrage für die revolutionäre Bewegung. Mit Redaktionsführung und Haltung des FANAL sei er durchaus einverstanden. Gen. Mühsam habe seine Fähigkeit, eine Zeitschrift im Geiste unserer Idee zu redigieren, erwiesen. Natürlich braucht die Anarchistische Vereinigung ein eigenes Organ. Aber erst müsse man eine Bewegung schaffen, und dann erst ihre Zeitung. Neue Probleme müssen ihre Klärung finden im täglichen Kampf. Eine Idee zwar bleibt sich gleich, doch die Beziehungen zu ihr wechseln in Anpassung an die Verhältnisse. Von dem Broschürenverlag verspricht sich Gen. Rocker großen Nutzen. Während eine Zeitschrift unaktuell wird, verkaufen sich Broschüren dauernd. Es fehlt an einem Verlag für anarchistische Ideenliteratur. Die französischen Genossen haben mit den Broschürenserien „Männer von heute“ und „Männer von gestern“ außerordentlichen Erfolg gehabt. Haben wir 5 bis 6 Broschüren herausgegeben, dann können wir mit einem positiven Profit rechnen, zugleich wirbt dabei FANAL für die Broschüren und umgekehrt. Wir sollten so rasch wie möglich anfangen, und Sache der Jugend muß es sein, die anarchistischen Druckschriften zu vertreiben. Aktivität tut not. Haben wir die Schwierigkeiten von heute überwunden, dann können wir morgen daran gehen, eine eigene Wochenzeitung zu schaffen.

Gen. Hindrichs von der Anarchistischen Jugend machte an der Hand eigener Erfahrungen beim Vertrieb von FANAL Vorschläge. Vor allem sollten die Kameraden auch selbst das Blatt abonnieren.

Da das Verhandlungslokal nach diesen Ausführungen geräumt werden mußte, hielt Gen. Mühsam das Schlußwort zur Organfrage erst am Vormittage des zweiten Verhandlungstages, in dem er das Ergebnis der Diskussion zusammenfaßte und feststellen konnte, daß die Fortführung der Arbeit im bisherigen Sinne von allen Genossen gewünscht wurde. Er empfahl, die Anregungen besonders der Gen. Kohl und Brügel zu befolgen und versprach, seine Kräfte weiter in den Dienst der gemeinsamen Aufgabe zu stellen.

Das Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Wege und Ziele zur Förderung der sozialen Revolution und des anarchistischen Gedankens. Propaganda und Tätigkeit der Anarchistischen Vereinigung im Anschluß an die Tagesereignisse“ wurde ebenfalls dem Gen. Mühsam übertragen. Er erklärte, es sei ungleich wichtiger als allgemeine Betrachtungen anzustellen, sich über die unmittelbare Gefahr zu unterhalten, in der sich die ganze re-

volutionäre Arbeiterschaft Deutschlands angesichts der drohenden Maßnahmen der Faschisten befinde. An der Hand einer großen Zahl von Ereignissen und Symptomen zeigte er die sich täglich mehrenden Beweise für die politische, wirtschaftliche und militärische Vorbereitung der Faschisten für den Staatsstreich auf, die um so bedeutsamer seien, als heute das Ausland einer Hugenberg-Ehrhardt-Diktatur in Deutschland keinen Widerstand mehr entgegensetzen würde. Die Arbeiterschaft wird über Nacht vor eine Situation gestellt sein, auf die sie nicht vorbereitet ist und der sie nicht gewachsen sein wird, da die politischen Parteien, denen die Masse des Proletariats nachläuft, zurzeit nichts besseres zu tun wissen, als einen Richtungskraheh nach dem andern zu provozieren und so die Arbeiter dauernd gegeneinander zu hetzen. So besteht die Gefahr, besonders wenn man sich die jüngsten Vorgänge im Ruhrgebiet vergegenwärtigt, daß sich mit Ausnahme kleiner entschlossener Gruppen, die zu schwach sein werden, um wirksamen Widerstand zu leisten, sich das Proletariat einfach ducken und die Mussolini-Methoden der Hakenkreuzler hinnehmen werde. Was haben wir also zu tun? Jede Arbeiterorganisation ist im Augenblick der Verhängung des Ehrhardtschen Standrechtes illegal. Nach bestimmt schon fertigen schwarzen Listen wird verhaftet und erschossen werden. Aber die revolutionären Genossen aller Formationen haben noch nicht einmal Zeit gefunden, die bloßen Maßnahmen unter sich zu erörtern, mit denen ihren exponierteren Funktionären das nackte Leben gerettet werden könnte. Das aber ist nicht Sache dieser oder jener Partei allein, hier darf es keinen Organisationsegoismus geben. Da müßten die Revolutionäre aller Richtungen sich miteinander in Verbindung setzen. Wenn es sich darum handelt, unmittelbar Gefährdete zu retten, da müßte man sogar bürgerlichen Pazifisten und Sozialdemokraten Solidarität erweisen. Das Proletariat ist der angegriffene Teil; es muß sich in Verteidigungszustand setzen.

Gen. R o c k e r leitete die Diskussion ein, indem er das Wesen des Faschismus aus den internationalen Wirtschaftsverhältnissen heraus erklärte. Der Privatkapitalismus, dessen politischer Ausdruck der demokratische und parlamentarische Staat war, hat sich zum Kollektivkapitalismus entwickelt, zu dem Trustsystem, das sich ebenfalls nur unter bestimmten politischen Verhältnissen behaupten kann. Wir sehen in Europa den Uebergang eines Landes nach dem andern zur Diktatur. In Deutschland stehen sich heute noch zwei große Strömungen des Neukapitalismus gegenüber, deren eine noch völlig von der nationalen Ideologie befangen ist, die andere schon alle Hemmungen dieser Art überwunden hat. Die Umstellung der Gesamtwirtschaft ist in vollem Gange. Selbst in England ist man dazu übergegangen, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit die traditionellen Grundrechte der Demokratie über Bord zu werfen. Die herrschende Klasse kämpft um die Erhaltung ihrer Macht. Die Gefahr eines Rechtsputsches in Deutschland mag vielleicht nicht so unmittelbar nahe sein, wie Gen. Mühsam meint. Doch finde auch er, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, die gar nicht abzustreitende Möglichkeit solcher Wendung in Betracht zu ziehen. Dabei würden die Militärs eigene Zwecke gegenüber den Wirtschaftlern verfolgen. Aber blutiger oder trockener Putsch — die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein. Leider haben ihr die Ereignisse der letzten Jahre das Rückgrat gebrochen. Der innere Glaube ist verloren gegangen, der Idealismus verschwunden. Mit Doktrinen bekämpft man weder die Kriegs- noch die Putschgefahr, weder mit marxistischen noch mit anarchistischen. Nötig ist das Erkennen der Wirklichkeit und praktische Solidarität.

Genossin K r a u s - F e s s e l hielt die Notwendigkeit für dringend, daß

sich alle Klassenkämpfer mit vollem Ernst mit dieser Frage beschäftigen. Die Faschisten werden, kommen sie zur Macht, für die letzten 10 Jahre Abrechnung halten. Wir müssen auf die Kraft hoffen, die im entscheidenden Moment aus der Masse selber emporwächst. An der Diskussion beteiligten sich dann noch die Gen. Weißig, ein syndikalistischer Genosse, Berthold Cahn und Gen. Kielmeyer, der mahnte, die Arbeiter wieder an die allgemeinen revolutionären Grundsätze zu erinnern. Hierauf folgte die Mittagspause.

Am Nachmittage wurde die Erörterung fortgesetzt, die nun die eigentlichen Probleme des revolutionären Kampfes aufgriff. Gen. Lübeck schnitt hierbei die Bauernfrage an, auf die Gen. Mühsam in längeren Ausführungen einging. Tatsache sei, daß die geschickte Arbeit des Landbundes und die völlig verständnislose Taktik der Marxisten die Bauern zum Werkzeug der Gegenrevolution gemacht habe. Dabei liege das revolutionäre Interesse der Landbevölkerung auf der Hand, nur mit Bauern und Landarbeitern, niemals gegen sie könne das Proletariat auf revolutionäre Erfolge rechnen. Der Sieg der Faschisten würde entsetzliche Folgen haben. Die Organisation der Selbstverteidigung ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Unter den Bedrohten sind viele aus dem radikalen Bürgertum, und selbst sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer sollten ja nicht zu fest damit rechnen, daß die Konterrevolution sie für ihren ewigen Verrat belohnen werde. Die wird ganze Arbeit machen. Möglich sei es natürlich auch, daß die Gewerkschaften ähnlich wie in Italien auch bei uns mit den Faschisten einen Burgfrieden eingehen werden. Uns als Anarchisten bleibe nur übrig, uns allein oder in Verbindung mit andern auf Selbstverteidigung und Kampf gegen den Faschismus vorzubereiten. Gelingen es dann, den Kampf in der Arbeiterschaft zu verbreitern, dann wird es Aufgabe der Revolutionäre werden, die Diktatur der Kommunistischen Partei über alle linken Arbeiter zu verhindern. Das russische Beispiel zeigt, welches Schicksal sonst der radikalen Arbeiterschaft, vor allen der Anarchisten harre. Ein Problem für sich aber sei dieses: Falls bei einem Rechtsputsch Reichswehr und Polizei nicht geschlossen mit der Reaktion gehen sollte, wie müsse dann unser Verhalten sein gegenüber den Teilen der bewaffneten Macht, die ihre Waffen zur Verteidigung der bestehenden Republik gebrauchen? Können wir gemeinsam mit ihnen gegen den Faschismus kämpfen? Es wäre mehr als gefährlich, ihre Partei zu ergreifen. Die chinesische Revolution könne da als Warnung dienen. Wir hätten in diesem Falle offenbar gegen zwei Fronten zu kämpfen. Denn unser Ziel könne nur sein, den Weg für unsere Revolution frei zu bekommen.

Gen. Cahn lehnte jedes Zusammengehen mit der bewaffneten Staatsmacht ebenfalls mit aller Schärfe ab. Der beste Schutz der Arbeiter sei, die Waffen in den eigenen Händen zu haben. Antimilitaristische Propaganda setze aktive Kleinarbeit voraus. Die haben wir jetzt zu leisten. Solange die Möglichkeit noch bestehe, unsere Arbeit der wirtschaftlichen Aktion zu widmen, müssen wir das tun.

Gen. Rucker ging danach auf eine Frage des Gen. Weisheit ein, ob denn die Arbeiterschaft, so wie sie bis jetzt erzogen sei, überhaupt fähig sei, die Wirtschaft selbst in die Hand zu nehmen. Die Schwierigkeit des Problems, meinte Gen. Rucker, liege in der komplizierten Organisation der modernen industriellen Großbetriebe. Wir müssen deshalb mit unserer Agitation unbedingt in die Sphäre der Fachkräfte eindringen. Physiker, Chemiker, Ingenieure usw. gelte es für unsere Ziele zu gewinnen. Heraus aus unserem engen Wirkungskreis!

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ bat Gen. Mühsam um Unter-

stützung für seine Arbeit zugunsten der Justizopfer in den deutschen Straf-  
anstalten. Es gäbe genug Fälle, die unsere Aktivität gerade auch nach  
dieser Seite aneifern sollten. Dabei solle man die herkömmliche Unter-  
scheidung zwischen politischen und kriminellen Gefangenen ruhig fallen  
lassen. Es handle sich fast immer um Opfer der sozialen Ungerechtigkeit.  
Man brauche diese Tätigkeit nicht im Sinne der Heilsarmee auszuüben,  
sondern es gäbe Formen, die des Revolutionärs durchaus würdig sind. An  
diesen hauptsächlich an die Jugend gerichteten Appell schloß sich eine De-  
batte, in der die Stellung der sogenannten Verbrecher zur bestehenden Ge-  
sellschaft einerseits, zur revolutionären Idee andererseits zur Sprache kam.  
Zur Mitarbeit für die Gefangenen stellten sich mehrere Genossen und Ge-  
nossinnen zur Verfügung.

Zum Schluß wurde eine Geldsammlung für die Kinder unserer verfolg-  
ten italienischen Genossen vorgenommen, die 17 Mark ergab. Die im letzten  
Heft des FANAL abgedruckte Entschließung zugunsten des Gen. Radowitzky  
wurde nach einer kurzen Diskussion, die sich auf den Wortlaut bezog, als  
einziger Beschluß der ganzen Tagung angenommen, und die Reichsinfor-  
mationsstelle der Anarchistischen Vereinigung wurde von den Genossen in  
Braunschweig übernommen.

Mit Gedenkworten für den am 7. Februar 1885 gesetzlich ermordeten  
Gen. August Reinsdorf, der am 31. Januar 80 Jahre alt geworden wäre,  
wurde die Konferenz vom Gen. L ü b e c k geschlossen.

## Kladderadatsch

König Alexander von Jugoslawien hat Revolution von oben gemacht.  
Er blickte rundum, nach Ungarn, Italien, Griechenland, Spanien, Litauen  
und fand, daß die faschistische Diktatur die angenehmste Regierungsform  
der Welt ist. Da nun die Weisen von Versailles und Trianon sein Land aus  
verschiedenen Nationalitäten zusammengeflickt hatten und seine Serben die  
ihnen zugewachsenen Kroaten nicht vollkommen brüderlich in die Arme  
schlossen, ihnen vielmehr im Parlament die Abgeordneten wegschossen, sich  
auch die Kroaten nicht recht an das Regiertwerden von Belgrad aus ge-  
wöhnen konnten und Selbständigkeit beanspruchten, fand er die Zeit ge-  
kommen, die Unbequemlichkeiten zum Glücke beider Völker aus der Welt  
zu räumen und ihnen die Pflichten zu befehlen, die sie sich selber nicht auf  
dem Wege der Gesetzgebung auferlegen mochten. Wozu hat man Generäle?  
Sie bekamen den Auftrag, sich bei gewissen Kollegen in Deutschland  
zu erkundigen, in welcher Weise sie es demnächst anzustellen gedenken,  
und jetzt gibt es auch eine serbisch-kroatische Faschistendiktatur. Alexander  
ist ein selbständiger Mann. Er mag nicht bloß wie Victor Emanuel in  
Rom und Alfons in Madrid auf dem Throne sitzen und je nachdem, wie ihn  
sein Betriebsdirektor in den Nabel drückt, Ja oder Nein quietschen. Er  
weiß, daß zum Alleinherrschen weder Mut noch Talent gehört, sondern nur  
die Verfügung über die Kanonen und ein Volk, das stillhält, — und so  
startet er die neue Form des Faschismus in der ältesten Form der Tyrannis.  
Es geht vorläufig ausgezeichnet. In Kroatien werden alle Parteien aufgelöst  
und in beiden Ländern können sich die Mißmacher die Gegend von oben  
besehen; die Galgen sind hoch genug und die von westeuropäischen Impe-  
rialisten ausgebeuteten Arbeiter und armen Bauern sind schon von der  
bislang genossenen Demokratie des Landes nicht zu der Weisheit erzogen  
worden, daß es immer darauf ankommt, wer jemanden am Galgen hoch-

zieht, um zu bestimmen, ob nachher ein Rebell oder ein König dran hängt. Sie werden es schon lernen.

In Afghanistan wechseln sich die Henker in rascher Folge gegenseitig ab. König Amanullah bereitete der Konfektionsindustrie Europas, bei der er die Modernisierung des Morgenlandes in Auftrag gegeben hatte, die Enttäuschung, daß sein Bruder sich von englischem Gelde für die Rückgängigmachung der Bestellungen engagieren ließ. Die von kommunistischen Zeitungen belehrten Arbeiter erfuhren, daß das ein harter Schlag für die Revolutionierung des Weltproletariats sei, wie denn Genosse König Amanullah ein großes revolutionäres Werk begonnen hatte, indem er gegen ihren Willen seinen beamteten Untertanen die Bärte rasieren und den islamitischen Damen des Landes die Schleier wegriß ließ. Nun hat sich zwar Bruderherz Inajatullah auch bloß einen Tag halten können, da anscheinend die aufrührerischen Afghanen im allgemeinen für die Despotenfamilie, die sie hängen läßt, keine so große Vorliebe haben wie die Moskauer Diplomatie und mit ihr die Zentralkomitees der einzigen konsequent revolutionären Arbeiterparteien in den Hauptstädten Europas. Ob die nächste Woche nun den inzwischen totesagten Emir Habibullah mit dem Strick um den Hals oder mit dem Strick in der Hand vorführen wird, ob es einem der hinter ihm bereits Schlange stehenden Kronprätendenten gelungen sein wird, den Henkerposten zu vergeben, oder ob die Siegesbulletins der „Roten Fahne“ recht behalten werden, daß Genosse König Amanullah die Konfektion doch noch zufrieden stellen wird, bleibt abzuwarten. Sein teures Leben hat er ja erfreulicherweise nach Kandahar retten können, und der beglückende Gedanke stellt sich ein, daß das vielleicht dem Flugzeug zu danken ist, das wir ihm in Berlin geschenkt haben. Jedenfalls wissen wir jetzt, daß wahrhaft proletarisches dialektisches Denken beim Kladderadatsch einer mittelalterlichen asiatischen Despotie nicht für den Aufstand der armen Bergbevölkerung, sondern für den Thron Partei zu nehmen hat. Wir denken halt immer noch zu primitiv wenn wir meinen, es könne den afghanischen Landleuten egal sein, ob ihre Blutpresser mit englischen Bankiers oder mit russischen Nepschiebern Geschäfte machen. Aus ihren abergläubischen Forderungen knurrt der Hunger und die Wut gegen den gekrönten Räuber. Die indische Revolution gegen England wird dadurch nicht gefördert, daß man den übeln Sultan eines Nachbarlandes schmirt. Die Russenpolitik in Afghanistan ist eines der trübsten Kapitel der ganzen bolschewistischen Herrschaftsperiode. Sie ist nicht weniger schimpflich als das Granatengeschäft mit der deutschen Reichswehr.

Allerlei nette Möglichkeiten steigen auf. Was wird die russische Regierung tun, wenn der Kladderadatsch bei uns da sein wird? Prophezeien ist müßig, aber erwiesen ist, daß die Gegenrevolution gegen eine Erhebung unterdrückter Volksmassen in Moskau nicht unter allen Umständen auf Feindschaft zu stoßen braucht. Mindestens sollten sich die deutschen Arbeiter niemals auf Hilfe von dort verlassen. Sie werden immer besser fahren, wenn sie unabhängig von allen nicht selber beteiligten Faktoren die Abwehr aus eigenen Kräften vorbereiten. Die deutschen Faschisten sind fleißig am Werk. Von den Ermittlungen, die angeblich wegen der neuen Schwarzen Reichswehr, Ehrhardts „Volkswehr“, eingeleitet sind, hat man nichts weiter gehört. Sie „schweben“ wohl noch — in der Luft nämlich, aus der sie niemals auf den Erdboden gelangen werden. Inzwischen ist auch der Landbund zu reger Lebendigkeit erwacht. Hellmuth v. Gerlach hat kürzlich in der „Welt am Montag“ höchst alarmierende Tatsachen aus Schleswig-Holstein mitgeteilt. Nach einer Versammlung in Itzehoe, in der ähnlich wie in Kyritz Reden gehalten wurden, die unsereinen für Jahre in Sicherheit brächten, wurden Sprengstoffattentate gegen einen Gemeinde-

und einen Amtsvorsteher unternommen. Ein Hofbesitzer sagte in einer Rede in Garding: „Wir wissen ganz genau, daß wir nicht mit Gewehren und Handgranaten zur Selbsthilfe schreiten können, weil wir sie nicht haben. Hätten wir sie, wie wir sie gebrauchten, dann hätten wir längst die Juden und Verräter zum Tempel hinausgejagt.“ Dabei heißt es nachher in demselben Artikel: „Gerüchte schwirren von Geheimrüstungen und Wehrkommandos der Jungbauern. Bauern hört man geheimnisvoll sprechen: Bald wird etwas passieren!“ Und Gerlach schließt: „Schleswig-Holstein ist ein politisches Gefahrenzentrum ersten Ranges geworden. Will man warten, bis Großfeuer gemeldet wird?“ Diese Frage haben wir nicht, wie es Herr v. Gerlach tut, an die Staatsbehörden zu richten, sondern an das Proletariat. Eben hat Hugenberg mit Hitler ein gemeinsames Aufklärungsbüro gegen den Marxismus geschaffen. Der Sinn dieser Gründung ist ganz klar. Es handelt sich um die Bestätigung eines Bündnisses der beiden nationalistischen Richtungen zum Kampf für die Diktatur. Die Feinde des Proletariats finden sich zusammen. Das Proletariat läßt sich von seinen Parteiführern immer auswegloser gegen einander verhetzen. Die Justiz, in der Republik bekanntlich stets am weitesten zurück, ist im Faschismus am weitesten voran. Das letzte Beispiel ist, daß Herr v. Kähne, der bekanntlich jeden Passanten in seinem Forstbezirk mit der Flinte bedroht und wiederholt auf Arbeiter geschossen hat, jetzt auf Grund des Amnestiegesetzes außer Verfolgung gesetzt ist. Gewöhnlichste Wegelagerer ist also ein politisches Vergehen, wenn ein Adliger sie betreibt. Vor mir aber liegt ein Bescheid des ersten Staatsanwalts beim Landgericht München I an den Genossen Alois Lindner vom 7. Januar 1929, worin mitgeteilt wird, daß das eingereichte Gesuch um Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte „zur Berücksichtigung nicht geeignet gefunden“ wurde. Das bedeutet, daß das Amnestiegesetz vom 14. Juli alle politischen Straftaten umfaßt und bei politischen Totschlagsdelikten die Umwandlung in Gefängnis bei Streichung der Ehrenstrafen anordnet, daß die bayerische Justiz Lindners Schüsse im Landtag nicht als politische Tat anerkennt. Aber es gibt in Deutschland brave Leute, die glauben, man könne dem Kladderadatsch entgehen, wenn man die Richter in Bewegung setzt. Die Justiz in Deutschland hat freilich keinen faschistischen Kladderadatsch mehr nötig. An ihr wird Hugenberg und Hitler nichts mehr zu reformieren haben.

## Immertreu und Redlichkeit

Sah man je ein Bild lieblicherer Eirmütigkeit? Die Ludendorffs und die Ladendorfs, die Stegerwäldler und die Hinterwäldler, die um Wilhelm Marx und die um Karl Marx, die Rechten, die Versöhnler und die Renegaten, die Landbündler und die Leninbündler, die Mossejünger und die Moskaujünger, die Ultralinken und die Ullsteinlinken, die Welten am Morgen, am Mittag und am Abend, die Krampfer, die Klampfer und die Stampfer — alle ein einzig Volk von Brüdern. Was hat sich ereignet? Organisierte Arbeiter sind verdroschen worden, und zwar nicht wie gewöhnlich mit den Gummiknüppeln vom Zörgiebelklub Immergrün, sondern mit den Schlagringen vom Vorbestraftenverein Immertreu. Gannoven! rülpste dreckig die Kreuzzeitung, und Gannoven! lästerte hochmütig der Vorwärts. Gannoven! klagte fromm die Germania, und Gannoven! schimpfte entrüstet die Rote Fahne. Gannoven! meckerte wissend das 8-Uhr-Abendblatt, und Gannoven!

kreischte abwehrend der Volkswille. Und voll Mitleid streichelten die Gannoveraner in Schwarz und in Blau, in Gelb und in Rot die guten unschuldigen Hamburger Zimmerleute, die so hübsch aussehen in ihren weiten Hosen und unter den breiten Hutkrempe, die man so gebildet unterscheiden kann nach ihren violetten oder rosa oder resedagrünen oder orangefarbenen Schlipsen. Alle waren einer Meinung, daß die Polizei ungemein schlapp gewesen sei, und die ganz Radikalen wußten auch warum: weil Leute, die schon im Gefängnis waren und dann bei Beerdigungen Zylinderhüte tragen, bekanntlich Spitzel sind, und nur deshalb auch hat der Schnellrichter am Alex alle die, denen der Totschlag bei der Rauferei nicht nachgewiesen werden konnte, wieder laufen lassen, wo es doch Vorbestrafte waren!

Ach Gott, ja, es ist schrecklich, daß die Menschen, denen es schlecht geht, und die daher manchmal mit dem Strafgesetz Bekanntschaft machen, sich sogar organisieren. Arbeit gibt ihnen ja kein anständiger Mensch mehr, so daß man wenigstens im Betrieb vor ihrer Nähe geschützt ist. Aber das ist denn doch unerträglich, daß sie durch ihre Vereinigungen ihren Zugehörigen die Möglichkeit schaffen, sich vor den staatlichen Richtern ihrer verbotswidrigen Taten wegen auch noch verteidigen zu lassen. Wird einer der ihrigen eingesperrt, so erhält die Familie auskömmliche Unterstützung, ja — wenn einer etwas gegen die gemeinsamen Interessen unternimmt, so übergibt man ihn nicht der Polizei und dem Staatsanwalt, die doch dazu da sind, sondern stellt ihn vor ein eigenes Tribunal, und hu! Gannovergerichte üben Selbstjustiz!

Die Entrüstung der Presse aller Parteien, die Abgeordnete in die deutschen Parlamente entsenden oder doch entsenden möchten, ist zum Kotzen. Erstens tun die ewig Verfolgten und Bedrängten, wenn sie wirklich „Gannovergerichte“ das Recht sprechen lassen, das ihrem Rechtsgefühl gemäß ist, nichts anderes, als was Offiziere oder Juristen tun, wenn sie ihresgleichen vor Ehrengerichte statt vor Schöffen stellen, nichts anderes als was Proletarier, wenn sie Streitigkeiten in den eigenen Reihen zu schlichten haben, wenigstens allgemein tun sollten. Zweitens ist die Verbindung von Vorbestraften und solchen, die Bestrafungen zu befürchten haben, aus eigenem Antrieb weitaus besser und sauberer als Vorbestraften-Organisationen, die von bodenschwingerischen alten Damen patronisiert werden. Drittens sind die Ausgestoßenen der bürgerlichen Gesellschaft, nicht weniger als andere Proletarier auch, Opfer der sozialen Verhältnisse, ob sie sich zur Unkenntlichmachung mit Frackanzügen maskieren oder nicht. Die wüste Szene am schlesischen Bahnhof hatte ihren Grund darin, daß die Immertreu-Leute Grund zu der Annahme zu haben glaubten, daß einer von ihnen von den Zimmerleuten verpiffen worden sei. Aber die ganze Arbeiterpresse nimmt die Partei gegen Immertreu und für die Redlichkeit, die sich im zünftlerischen Hosenschnitt zur Schau stellt. Die Behauptung, Immertreu und ähnliche, dem Ring angeschlossene Vereinigungen seien Spitzelorganisationen, ist, wenn keine Gemeinheit, so mindestens eine spießige Borniertheit. Spitzel sind überall, wo es etwas zu spitzeln gibt, also selbstverständlich auch in Kreisen, die sich zum großen Teil aus Gesetzverletzern zusammensetzen. Aber das sind keine politischen Spitzel, da in diesen Kreisen leider bis jetzt viel zu wenig revolutionärpolitische Interessen gepflegt werden; es sind eben Gannoven-Spitzel. Der verallgemeinernde Anwurf steht auf der Höhe der Anarchistenbekämpfung durch die alte Sozialdemokratie, die jeden von uns als Spitzel verdächtigte, da die Polizei allerdings ihre Agenten lieber unter uns steckte als unter die Sozialdemokraten, wo es seit 20 Jahren kaum mehr etwas zu spitzeln gab.

Die hohe Polizei hat den Vorwurf der rechts- und linksproletarischen Presse, sie begünstige Verbrecherzirkel, natürlich nicht auf sich sitzen lassen wollen. Sie löste die Vereine Immertreu und Norden auf, so daß nun also wohl einige arme Teufel das nächste Mal weniger sorgfältig verteidigt vor Gericht stehen werden. Die Polizei hat überdies das Unheil des Schnellrichters, das so sehr die Empörung unserer Patentrevolutionäre erweckt hat, schleunigst wieder gut gemacht. Sie hat, um nur die verlangte Festsetzung möglichst vieler Personen, die die Redlichkeit der Wohlgesinnten mit Immertreu-Auffassungen kränken könnten, zu bewirken, den ganzen Stadtteil um den Schlesischen Bahnhof absperren lassen und unter persönlicher Leitung der Sozialdemokraten Zörgiebel und Weiß in diesem Bezirk, in dem sie sicher sein konnte, nur Proletarier anzutreffen, eine Massenrazzia vorgenommen. Von 280 festgenommenen Personen hat sie 12 in Gewahrsam behalten. Die Skandalpresse berichtete grinsend, wie man in Quartiere eindrang, wo ein Dutzend Menschen in einen gemeinsamen Schlafraum gepfercht waren, Greise, Frauen und Kinder mit jungen Leuten zusammen. Es ist schade, daß sich Herr Zörgiebel noch nicht entschlossen hat, einmal die Tauentzien- oder Lutherstraße zu seinem Jagdrevier zu machen. Aber die Passanten in den Pelzen, die er dort wahllos zusammenfangen ließe, möchten vielleicht weniger verschüchtert auf den Aufwand sozialdemokratischen Tatendranges reagieren, als die Proleten in den östlichen Elendsvierteln, wiewohl nicht sicher ist, woher alle Zobel und Seals stammen, die dort spazieren getragen werden.

Daß sich die Armen untereinander prügeln, statt ihre Kräfte für spätere gemeinsame Verwendung zu schonen, ist traurig. Solange aber im Proletariat selber noch Klassenunterschiede gemacht werden, solange ein Teil, pochend auf seine bürgerliche Redlichkeit, den andern Teil ausliefert und wohlstandig vor Vorbestraften ausspuckt, kann die Bourgeoisie sehr zufrieden sein. Der Respekt vor Gesetz und Obrigkeit steckt den deutschen Arbeitern in allen Knochen. Die Gannoven haben ihn sich allmählich abgewöhnt; daher hat die proletarische Revolution vielleicht einmal von Immertreu mit seinen Solidaritätsgrundsätzen mehr zu hoffen, als von einer Redlichkeit, die ihr Recht von Polizei und Staatsanwalt verlangt.

## Richard Grelling

Ein tapferer Mann ist gestorben. Der Verfasser von „J'accuse“ war während des Krieges die bestgehaßte Persönlichkeit in Deutschland. Hätten die Organisatoren der nationalistischen Morde ihn in der Zeit ihrer Konjunktur erwischt, er wäre höchstens 70, sicher nicht 75 Jahre alt geworden. Richard Grelling war nach der Auffassung der wilhelminischen Gefälligkeitshistoriker, die in Deutschland bekanntlich auch heute noch das Privileg haben, geschichtliche Wahrheit festzustellen, der Vater der „Kriegsschuld-lüge“. Tatsächlich ist er der Vernichter der Kriegsschuldüge, die die Generäle Wilhelms II., den Alldutschen Verband und die rheinisch-westfälische Waffenindustrie von der Verantwortung am Weltkrieg reinwaschen möchte. Der einzige Fehler, den Grelling in seinen großartigen Anklageschriften gegen die deutsche Diplomatie und Generalität begeht, ist der, daß er die objektiven Momente, die dem verbrecherischen Beginnen unserer Rgierer Vorschub leisteten, keinen ausreichenden Geltungswert zuerkennt, auch daß er die Staatslenker in den Ententeländern für pazifistische Menschenfreunde hält. Bewiesen aber hat Grelling, daß sie 1914 den Krieg

nicht wollten, daß er in Berlin und Wien betrieben, geschoben und veranstaltet worden ist. Wäre aus dem Deutschen Reich auch nur die Republik geworden, als die es sich heute ausgibt, und nicht eine bloße Attrappe, hinter der sich mit allem Dreck und Speck die alte schwarz-weiß-rote Firma verbirgt, dann wäre Richard Grelling vor ihr mit der Geschichtsschreibung der Ursachen des Krieges beauftragt worden und sein Tod würde mit öffentlichen Trauerfeiern begangen werden. — Grelling war Demokrat und somit uns in der Idee wenig verwandt. Aber er war einer der wenigen, um die ihrer Reinheit und ihres Mutes wegen jede Bewegung beneidet werden darf, die aus solcher Kraft Nutzen zieht.

## August Reinsdorf

zum 80. Geburtstag am 31. Januar, zum 44. Todestag am 7. Februar.

Es lag ein Mann auf den Block geschnallt.  
So will es das Recht! sprach der Staatsanwalt,  
Und der Priester sprach: So will es Gott!  
Da ist das Fallbeil herabgeknallt,  
Und da rollte der Kopf vom Schafott.

Der Kopf, den das Fallbeil vom Rumpfe schlug,  
Das war Reinsdorfs Kopf, in dem träumend und klug  
Das Hirn eines Aufrührers stak,  
Ein Hirn, das verwegne Gedanken trug  
Und das nicht vor dem Tode erschrak.

Die Priester und Richter in ihrem Talar,  
Die wußten nicht, was für ein Geist das war,  
August Reinsdorf, der Anarchist.  
Doch die Angst erwitterte zitternd Gefahr:  
Ein Staatsfeind! Ein Widerchrist!

Die Angst nahm Bürger und Bauern in Bann:  
Ein Unhold, der Mord und Verderben sann  
Dem Kaiser und seinem Haus!  
Um Volkes Frieden — man töte den Mann!  
Man lösche sein Lebenslicht aus!

August Reinsdorf rief lachenden Angesichts,  
Als er vor den Roben des Reichsgerichts  
— Gefesselt ein Ankläger — stand:  
Ihr ahnt von der Arbeiter Leiden nichts  
Und ich nichts vom Vaterland.

Recht hat, wer die Macht in den Händen hat.  
 Ihr seid die Beschützer von Reichtum und Staat, —  
 Ich bin ein Anwalt der Not.  
 Jawohl, ich wollte die rächende Tat  
 Der Empörung! So schlagt mich tot!

Doch hört, ihr Richter, mit meinem Gebein  
 Wird nicht die Freiheit begraben sein  
 Zum höhern Triumph eures Rechts.  
 Ihr köpft mich — und senkt meinen Geist hinein  
 In die Hirne des künft'gen Geschlechts! . . .

August Reinsdorf büßte den Freiheitsmut.  
 Heiß zischte das wilde Rebellenblut  
 — Risch! — unter der Schneide von Erz.  
 Sein Leib ward zu Staub. Aber niemals ruht  
 In der Welt seines Geistes Herz.

## Absage an die Rote Hilfe

Am 15. Januar ist folgender Brief eingeschrieben abgesandt worden:

An den  
 Zentral-Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands

BERLIN NW 7  
 Dorotheenstraße 77/78.

Werte Genossen!

Hierdurch erkläre ich meinen Austritt aus der Roten Hilfe Deutschlands.  
 Entscheidend für diesen Entschluß, der mir nicht leicht fällt, ist die  
 in der „Roten Fahne“ mitgeteilte Tatsache, daß die Rote Hilfe eine  
 eigene Werbeaktion für das Zentralorgan der Kommunistischen Partei  
 vornehmen wolle.

Damit entfällt die letzte Möglichkeit, die RH. als eine überparteiliche  
 Organisation anzuerkennen und den Genossen linksrevolutionärer Rich-  
 tungen mein Verbleiben in der RH. als ein Verhalten begreiflich zu machen,  
 das keinerlei Verpflichtungen für eine bestimmte politische Partei in sich  
 schließt.

Als ich vor 4 Jahren aus der bayerischen Gefangenschaft kam, stellte  
 ich meine rednerische und organisatorische Kraft in weitem Maße der  
 Roten Hilfe zur Verfügung, und es wird kaum bestritten werden können,  
 daß ich dieser Organisation eine sehr große Zahl Mitglieder und aktive  
 Helfer zuführte. Voraussetzung war für mich, daß ich bei meiner Tätigkeit  
 meinen Charakter als Anarchist niemals zu verleugnen brauchte; diese von  
 mir von Anfang an gestellte Bedingung wurde mir ausdrücklich zugebilligt.  
 Ich habe mir durch mein Wirken im Rahmen und zum Nutzen der RH. in  
 den mir nahestehenden revolutionären Kreisen viel Anfeindung zugezogen,  
 mich jahrelang schwerstem Mißverstehen meiner Haltung ausgesetzt, aber

all dies in Kauf genommen um der Genossen willen, die als Opfer der Klassenjustiz in den Zuchthäusern und Gefängnissen die solidarische Zusammenarbeit aller proletarischen Organisationen erwarten. Um ihretwillen habe ich auch die meines Erachtens durchaus unsachgemäße, weil bürokratische Organisationsform der RH. hingegenommen und zu zahlreichen befremdenden, außerhalb der Aufgaben einer Inhaftierten- und Revolutionsopferhilfe liegenden Aktionen der RH. geschwiegen, wie vor kurzem erst der Agitation für die parteikommunistische Kandidatenliste bei den Konsumgenossenschaftswahlen u. ä.

Auch die Parteinahme der Roten Hilfe Deutschlands gegen die linksrevolutionären Gefangenen und Verfolgten in Rußland hat mich nur dazu veranlaßt, meine Tätigkeit in der Organisation auf die Arbeit zu beschränken, die innerhalb der deutschen Angelegenheiten zur Abwehr der Klassenjustiz zu leisten ist. Immer hielt mich die Rücksicht auf die gefangenen Genossen zurück, mit einer Organisation zu brechen, die bei ihnen bis jetzt als überparteiliche Klassenorganisation galt. Ich blieb Mitglied, obwohl mein Auftreten als Delegierter bei der Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg 1927, bei der ich an manchen Uebelständen Kritik übte und vor allem die Forderung vertrat, die RH. habe sich für eine Amnestie der linksrevolutionären Gefangenen und Verbannten Rußlands einzusetzen, nur dazu führte, daß von meiner agitatorischen Mitwirkung keinerlei Gebrauch mehr gemacht wurde. Ich habe seitdem meine Arbeit für die Gefangenen unvermindert fortgesetzt, mußte mir nur zur öffentlichen Aufklärung andere Möglichkeiten schaffen, als sie mir vorher von der RH. geboten wurden.

Die Fiktion, als ob die Rote Hilfe Deutschlands tatsächlich selbständig sei, zu der ich und meine Freunde, die der RH. angehören, uns immer wieder überredeten, läßt sich selbstverständlich nicht mehr halten, wenn die Organisation jetzt dazu übergeht, aus der Arbeiterpresse ein einzelnes Blatt herauszugreifen, das lediglich Organ einer zur Zeit dominierenden Richtung innerhalb einer besonderen Partei ist und das von allen linksrevolutionären Parteien und Gruppen, die korporativ oder in Einzelmitgliedschaften ebenfalls in der RH. vertreten sind, gleichmäßig scharf abgelehnt wird. Die Einleitung einer eigenen Werbeaktion für die Rote Fahne durch die RH. bedeutet vollkommene Preisgabe der Ueberparteilichkeit und schwerste Brückierung aller Mitglieder der Organisation, die etwa einer antiparlamentarischen oder gewerkschaftsfeindlichen, selbst auch nur einer kommunistisch-oppositionellen oder unabhängig-sozialdemokratischen Bewegung angehören. Eine Werbeaktion für alle linksgerichteten proletarischen Zeitungen und Zeitschriften ohne Unterscheidung der Fraktionen, in die, ausgesprochen oder nicht, auch die Rote Hilfe zerfällt, wäre bei den proletarischen Mitgliedern und erst recht bei den Gefangenen verstanden und gebilligt worden.

Mein weiteres Verbleiben in der RH. müßte mich neuen Mißdeutungen meiner Gesinnung aussetzen, denen ich kein wirksames Argument mehr entgegenzusetzen hätte. Ich trete daher aus und werde meine Kraft weiterhin für die Opfer der Staatsjustiz rege gebrauchen. Dabei beabsichtige ich durchaus nicht, eine Kampfstellung gegen die RH. zu beziehen; soweit eine ersprießliche kameradschaftliche Zusammenarbeit geleistet werden kann, werde ich zur Verfügung stehen. Doch ist für mich als Mitglied kein Raum mehr in einer Organisation, in der ich genötigt werde, eine Parteipolitik zu fördern, die ich für falsch und der revolutionären Arbeiterbewegung abträglich halte.

Mit revolutionärem Gruß!

Erich Mäh sam.

# Anarchistische Vereinigung Berlin

## Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,  
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!



Folgende Sammelisten wurden abgerechnet: Nr. 44, 3.—,  
Nr. 45, 12,50 M. — Fordert neue Sammelisten an!



**Anarchistische Vereinigung**  
Anschritt: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10 IV.

## Gilde freiheldlicher Bücherfreunde

### Literarische Abende Rudolf Rocker spricht:

- 1. Febr. „Michael Bakunin  
der Denker und Kämpfer“
- 8. Febr. „Peter Kropotkin  
u. d. Philosophie d. geg-  
seit. Hilfe“
- 15. Febr. „Elisée Reclus, der  
Künder eines neuen Men-  
schentums“.

Beginn 8 Uhr in der Aula  
der Friedrich - Werderschen -  
Oberrealschule, Weinmeister-  
str. 15 (Nähe Bnhhf. Börse)

## Reinsdorf-Most Kundgebung

Donnerstag, 7. Februar,  
abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
im „Märchenbrunnen“  
Am Friedrichshain 29-32

—  
Ehrt das Andenken unserer  
gesetzlich ermordeten und  
verjagten Vorkämpfer durch  
zahlreichen Besuch!

**F.A.U.D. Berlin**  
**Anarchistische Vereinig.**  
**S. & J.D. Berlin**

# Unterstützt FANAL!

## Sammlung

Gedichte und Novellen von Erich Mühsam  
J. M. Spaeth-Verlag Berlin  
Preis 8.— M. geb., 5,50 M. brosch.

## Kind u. Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von  
B. Liber, New-York (Vorzugs-)Preis 2,25 M.

## Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen  
Rütten & Loening Frankfurt/M.  
Preis 16,— M. geb., 11,50 M. brosch.

# Bezieht Bücher durch uns!

# Radio

Sprechapparate, Fahrräder, Nähmaschinen,  
gegen günstige Ratenzahlung.

*Wilhelm Engelfried*

*Eflingen*

*Chrißstraße 24<sup>1</sup>*

**Vertreter Überall gesucht**